

Wie Deutschlands Gas-Hunger das Verhältnis zu seinem Nachbarn zerrüttet

Welt, 07.02.2022, Mandoline Rutkowski

<https://www.welt.de/politik/ausland/plus236580475/Niederlande-Wie-Deutschlands-Gas-Hunger-das-Verhaeltnis-zu-seinem-Nachbarn-zerruettet.html?cid=socialmedia.email.sharebutton>

Mit dem Atomausstieg hat sich Deutschland vom Gas abhängig gemacht. Seit die Unsicherheiten um Nord Stream 2 zunehmen, sucht man nach Alternativen. Ein Fünftel deutscher Gasimporte stammt aus den Niederlanden – und es soll noch mehr werden. Doch in den Niederlanden regt sich Widerstand.

Wenn René Paas, der Kommissar des niederländischen Königs für die Provinz Groningen, zum Regierungssitz in Den Haag reist, beginnt jedes Gespräch mit der Frage: Wie steht es um das Gasfeld? So erzählt er es WELT am Telefon. „Groningen wird seit Jahren mit der dortigen Gasförderung und den damit verbundenen Problemen assoziiert.“

Denn angesichts der Gasförderung kommt es seit den 90er-Jahren vermehrt zu kleineren Erdbeben, die Schäden an Wohnhäusern verursachen. Als Antwort auf die lautstarken Proteste der Groninger Bevölkerung beschloss das niederländische Kabinett schließlich, die Förderung zunächst stark zu reduzieren und Mitte 2022 einzustellen. Nur als Notfalllösung für kalte Winter soll die Gasförderung in Groningen bis 2026 bestehen bleiben.

Ein Vorhaben, dem Deutschland nun einen Strich durch die Rechnung macht. Wie der „Spiegel“ berichtete, haben deutsche Versorger voraussichtlich 1,1 Milliarden Kubikmeter mehr Gas für das Geschäftsjahr 2021/22 bestellt als geplant. Hinzu kommt, dass sich die Inbetriebnahme einer Stickstofffabrik, die künftig importiertes Gas für niederländische Haushalte verarbeiten soll, verzögert.

Während die Fördermenge zunächst mit 3,9 Milliarden Kubikmetern veranschlagt worden war, könnte sie nun auf 7,6 Milliarden Kubikmeter steigen. Für Groningen bedeutet das: Die Erdbeben werden nicht allzu schnell enden. Mitverantwortlich ist Deutschland.

Seit 1963 fördert die niederländische Erdölgesellschaft NAM Gas im Nordosten der Provinz auf dem größten Gasfeld Europas. Ein beachtlicher Teil der Produktion geht ins Ausland und macht die Niederlande zu einem wichtigen Gasexporteur, besonders für Deutschland. Allein im Dezember 2021 kamen dem Datenanbieter ICIS zufolge zwölf Prozent des hierzulande importierten Gases aus den Niederlanden, was das Land zum drittgrößten Lieferanten nach Russland und Norwegen macht.

176.000 Schäden durch die Gasförderung

Für die Bewohner Groningens gehören die Erschütterungen schon lange zur traurigen Realität. Seit Beginn der Gasförderung haben sie nicht nur in der Zahl, sondern auch in der Stärke zugenommen. Im Jahr 2020 meldete das nationale Wetterinstitut KNMI 69 Erdbeben. Zwar handelte es sich um vergleichsweise schwache Erdbeben, da die Beben jedoch nah an der Erdoberfläche auftreten, sind die Auswirkungen intensiver, als die Stärke vermuten lässt.

Laut der Bürgerinitiative Groninger Bodem Beweging sind zwischen 2012 und Ende 2020 rund 176.600 Schäden gemeldet worden. Dadurch, dass nun noch mehr Gas gefördert werden muss, setzt sich das Risiko eintretender Erdbeben fort, erklärt der Leiter der Seismologie am KNMI, Láslo Evers. „Als Erdbebenexperte empfehle ich der Regierung, die Gasförderung so schnell es geht zu beenden – auch vor dem Hintergrund, dass Erschütterungen auch noch nach der Beendigung der Gasförderung auftreten werden.“

Und wie steht NAM selbst zu der erhöhten Gasförderung in diesem Jahr? Aus der Pressestelle heißt es schriftlich, man könne die Gefühle in Groningen voll und ganz verstehen, auch NAM würde eine endgültige Schließung des Groninger Feldes bis zum 1. Oktober bevorzugen. Ein Gespräch lehnt das Unternehmen ab und verweist auf die Regierung.

In den Niederlanden schwanken die Reaktionen auf das Ankurbeln der Gasproduktion zwischen Sorge und Empörung. Der ehemalige Wirtschaftsminister Stef Blok machte seinen Bedenken bereits Ende Dezember in einem Brief an seinen deutschen Amtskollegen Robert Habeck Luft. Eine Erhöhung der Lieferungen nach Deutschland stelle „ein Risiko für die niederländische Versorgungssicherheit dar“, soll Blok nach Angaben des „Handelsblatts“ geschrieben haben.

Unmut über die Gasgewinnung

Die Situation in Groningen ist emotional aufgeladen. Unter dem Slogan „Respekt für Groningen“ gingen Mitte Januar Tausende Menschen auf die Straße, um ihren Unmut über die erhöhte Gasgewinnung auszudrücken. Viele Bürger fühlten sich in ihren Häusern aufgrund der Erdbebengefahr nicht sicher, berichtet der königliche Kommissar Paas.

Dass Geschädigte jahrelang auf Kompensationszahlungen warten mussten, verstärkte den Ärger noch. „Die Niederlande haben Milliarden Euro an der Gasförderung verdient, doch in Groningen ist erst wenig davon angekommen. Viele haben den Glauben in die Regierung komplett verloren, sie fühlen sich im Stich gelassen. Und ich verstehe die Bürger.“

Dass die Bundesrepublik nun lautstark beim Nachbarn anklopft, ist nicht nur ein Symptom einer schleppenden Gasproduktion während der Corona-Krise und eines verstärkten deutschen Fokus auf Gas als Brückenenergie angesichts der Energiewende.

Auch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2, die Deutschland mit russischem Gas versorgen soll, spielt eine gewichtige Rolle, glaubt Frank Umbach vom European Cluster for Climate, Energy and Resource Security an der Universität Bonn: „Russland hat die Gasspeicher im Sommer 2020 nicht aufgefüllt, aus denen Deutschland im Winter Gas bezieht. Seitdem hat Putin Deutschland politisch erpresst. Er betont, gewillt zu sein, sofort Gas an Deutschland zu liefern, wenn im Gegenzug die Zertifizierung der Pipeline genehmigt wird.“

In den erhöhten Bestellungen beim Nachbarland spiegele sich dieser Interessenkonflikt wider. Um sich der zunehmenden Gasabhängigkeit von Russland zu entziehen, bestelle Deutschland vermehrt beim Nachbarn. Seine Bilanz:

„Deutschland lädt seine ungelösten Probleme auf den Niederlanden ab“, sagt Umbach. Dass sich hierzulande parallel gegen niederländische Pläne gewehrt wird, in der Nordsee – in deutschen Hoheitsgewässern – ein neues Gasfeld zu erschließen, nennt er „absurd und widersprüchlich“.

Sollte NAM tatsächlich die Gasförderung einstellen, stünde Deutschland vor einer neuen Herausforderung. „Wir hoffen natürlich, dass durch die Energiewende bis 2030 weniger Gas verbraucht wird als bisher. Das ist aber höchst unsicher. Gerade die energieintensive Wirtschaft wird auf Gas angewiesen bleiben, da der geplante Umstieg auf Wasserstoff so schnell nicht umsetzbar ist“, prognostiziert Umbach.

Dass Außenministerin Annalena Baerbock mit Sanktionen gegen Nord Stream 2 im Falle einer weiteren Eskalation im Ukraine-Konflikt droht, lässt eine Energieversorgung mit russischem Gas immer unwahrscheinlicher werden – und bringt Deutschland in Handlungsnot, nach Alternativen zu suchen. „Alleingänge“, sagt der Politikwissenschaftler, „wie die Energiewende und Nord Stream 2 führen immer wieder zu Problemen für unsere Nachbarstaaten wie auch jetzt in den Niederlanden.“